



Künftige Parkierungspolitik / Initiative «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer»

Aktenzeichen Parkplatz... ungelöst

Erleichterungen beim Bau von Quartierparkings auf der einen Seite, massiv teurere Parkkarten auf der anderen Seite. Und über all dem steht ein kontinuierlich schwindendes Angebot an oberirdischen Parkplätzen auf Allmend. Mit der «Künftigen Parkierungspolitik» des Regierungsrates ist die Basler Parkplatzpolitik noch weit entfernt vom angestrebten Miteinander der Verkehrsträger.

Der Regierungsrat hat Anfang November seinen Ratschlag zur «Künftigen Parkierungspolitik» vorgestellt. Dabei setzt er unter anderem auf eine stärkere Förderung von Quartierparkings. Der Gewerbeverband Basel-Stadt begrüsst diese Massnahme, da solche Parkhäuser in Gebieten mit hohem Parkierungsdruck eine wirksame Ergänzung des Parkplatzangebotes auf Allmend sein können. Gleichzeitig sollen unabhängig vom Parlamentsentscheid bereits per 1. Januar 2019 die Gebühren der meisten Parkkarten zünftig erhöht werden. So wird die Anwohnerparkkarte neu 284 statt 140 Franken oder die Besucherparkkarte 20 statt 10 Franken kosten.

Parkplätze auf Allmend sicherstellen

Der Gewerbeverband Basel-Stadt ist zurzeit nicht bereit, eine Preiserhöhung bei den Parkkarten mitzutragen. «Solange der stetige Abbau von oberirdischen Parkplätzen auf Allmend nicht gestoppt wird, so wie wir dies mit unserer Initiative «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» fordern, bieten wir zu Preiserhöhungen bei den Parkgebühren nicht Hand», hält Gewerbedirektor Gabriel Barell fest. In diesem Sinne unterstützt der Gewerbeverband Basel-Stadt eine Motion von FDP-Grossrat Christophe Haller, mit welcher die Preiserhöhung gestoppt werden soll. Der Grosse Rat wird in seiner Dezembersitzung darüber entscheiden.

«Mobilitätsfonds» steht im Widerspruch zur P&R-Initiative

Ein weiteres heikles Element der «Künftigen Parkierungspolitik» stellt die Einführung eines «Mobilitätsfonds» dar, der zu 100 Prozent aus Parkkartengebühren finanziert wird, und den bisherigen Pendlerfonds ersetzen soll. Neu sollen damit nicht nur Park&Ride-Anlagen, sondern auch ÖV-, Langsamverkehrs- oder Ver-

kehrslenkungsmassnahmen finanziert werden können. Der ursprüngliche Sinn und Zweck der Park&Ride-Initiative, die der Gewerbeverband Basel-Stadt 2011 zu Gunsten der bisherigen Lösung zurückzog, wird dadurch ad absurdum geführt.

«Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» wahrscheinlich im Mai

Zu alledem passt, dass die rot-grüne Mehrheit der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) des Grossen Rats nicht bereit ist, über die Möglichkeit eines Gegenvorschlags zur Initiative «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» zu diskutieren, die sich ebenfalls im parlamentarischen Prozess befindet. «Wir haben im Rahmen zweier Hearings die Bereitschaft zu einem Gegenvorschlag signalisiert – stiessen aber auf taube Ohren», so Gabriel Barell. Aufgrund der ideologischen Scheuklappen zahlreicher Exponenten im rot-grünen Lager scheint eine Einigung in Parkplatzfragen derzeit nicht möglich. Es bleibt somit an der Stimmbevölkerung, welche voraussichtlich im Mai über die Initiative befinden wird, zu entscheiden.